

## Reinhard Mohr, April 2018: Mensch Müller!

Quelle: Welt am Sonntag vom 8. April 2018, Seite 6–7. (Markierungen nicht im Original)

### **Mit seinem Vorschlag eines "solidarischen Grundeinkommens" sorgt Berlins Regierender Bürgermeister für Furore. Noch besser wäre es, er würde seine visionären Energien auf die Zukunft der Hauptstadt richten**

An diesem Sonntag reist der amtierende Bundesratspräsident Michael Müller erst einmal nach Jordanien, wo er seinen Amtskollegen, den Senatspräsidenten Faisal Akef al-Fayez, und den Präsidenten des Repräsentantenhauses, Atef Yousif Tarawneh, treffen wird. Außerdem wird er mit Prinz Feisal bin al-Hussein ein Gespräch führen. Ein Hauch von Orient und internationaler Politik. Doch schon nach zwei Tagen wird er wieder in die heimischen Niederungen eintauchen.

Müller, 53, Sozialdemokrat seit 1981, ist im vierten Jahr Regierender Bürgermeister von Berlin, ein Amt, das einst Ernst Reuter, Willy Brandt und Richard von Weizsäcker innehatten. Schon die Nennung dieser Namen scheint ungerecht, denn jede Zeit bringt ihre Persönlichkeiten hervor, die durch sie geformt wurden.

Dass Müller, Sohn eines Druckereibesitzers in Tempelhof, das Charisma eines Bleisetzkastens attestiert wird, muss nichts heißen. Nach der turbulenten Ära Wowereit, den stets eine gewisse Anmutung glamouröser Chuzpe umwehte, sahen viele Berliner der Aussicht auf eine lösungsorientierte, bodenständig-pragmatische Regierungsweise durchaus wohlwollend entgegen. Den Nachfahren von Bierkutschern und Wilmersdorfer Witwen reicht es bis heute, wenn sie sagen können: „Da kannst du nicht meckern!“

Doch längst ist die Enttäuschung greifbar: Statt pragmatisch wirkt Müller eher phlegmatisch. Sein rot-rot-grüner Senat ist die unbeliebteste aller sechzehn Landesregierungen, und seine Berliner SPD, deren Vorsitzender er immer noch ist, landet gegenwärtig bei gerade mal 20 Prozent. Nein, Müller ist nicht der zupackende, Ärmel aufkrepelnde Problemlöser, der die immer gleichen Parteidebatten auch mal links liegen lässt, um voranzukommen – er ist ein waschechter sozialdemokratischer Funktionär, mit siebzehn in die Partei seiner Eltern eingetreten, seit 1995 im Abgeordnetenhaus, seit 2004 mit einer kurzen Unterbrechung SPD-Chef – ein Kind traditioneller Glaubensbekenntnisse jenes politischen Milieus, in dem er groß wurde.

Auch nach dreieinhalb Jahren als "Regierender" hat er nicht die geringste Spur hinterlassen, die als persönliche Handschrift, gar als leidenschaftliches, originäres Engagement erkennbar wäre. Zuletzt fiel er allenfalls durch sein – freilich folgenloses – Votum gegen die GroKo im Bund auf.

Nun aber ist er mit seinem "solidarischen Grundeinkommen" in aller Munde. Ein Hauch von visionärem Denken liegt in der Luft, die in die Jahre gekommene sozialdemokratische Fortschrittsschnecke scheint sich wieder aufzurappeln, und bei der Gelegenheit soll möglichst auch die quälende Last namens Hartz IV entsorgt werden.

Das Echo ist gewaltig, und man staunt: Mitten in einer andauernden Boomphase der deutschen Wirtschaft mit rekordverdächtig niedriger Arbeitslosigkeit und über einer Million offenen Stellen wird fulminant über 800.000 schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose diskutiert, für die ein öffentlicher "zweiter Arbeitsmarkt" geschaffen werden soll – Mindestlohn inklusive.

Im Rahmen einer "Neuen Sozialen Agenda" will Müller ein "neues Recht auf Arbeit" einführen (darunter macht er's nicht) – zu Deutsch: steuerfinanzierte Arbeitsangebote für Arbeitslose in der kommunalen Daseinsvorsorge, in Vereinen, für Alleinerziehende, bei landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften oder in der Flüchtlingshilfe.

Das Programm kommt vielen bekannt vor, und so spricht der Grünen-Vorsitzende Habeck auch von "Etikettenschwindel": „Der Vorschlag ist nicht neu, und es ist kein Grundeinkommen. Eher ist es ein geförderter staatlicher Arbeitsmarkt, der der Wirtschaft Konkurrenz macht und nebenbei das Ehrenamt zu einem staatlich subventionierten Job – was absehbar jedes Ehrenamt schreddern wird.“ Handfeste Kritik kommt auch von Gewerkschaften und der Wirtschaft, die händeringend Fachkräfte für den ersten Arbeitsmarkt sucht.

Nicht ohne Grund sind die ABM-Maßnahmen seligen Angedenkens aus der Mode gekommen. Geringqualifizierte für den Rest ihres Arbeitslebens in einem staatlich geschützten Sektor zu parken hat nichts mit einer "neuen sozialen Agenda" zu tun. Es ist eine "Trickserei zur Imagepflege", wie die "Berliner Zeitung" schrieb, eine Mogelpackung, ein ziemlich scheinheiliges Ablenkungsmanöver, das der alten sozialdemokratischen Caritas-Logik folgt: **Statt wirtschaftliche und gesellschaftliche Dynamik zu fördern, die möglichst vielen zugutekommt, soll umverteilt werden, was da ist. Ein Programm der Stagnation statt des Fortschritts**, notdürftig mit moralischem Heftpflaster drapiert. Hartz IV würde dadurch selbstverständlich nicht ersetzt, wie der Parteifreund, Finanzminister Olaf Scholz rasch erklärte. Doch in Zeiten ständiger Erregungsbereitschaft kommt es nicht auf Fakten an, sondern auf die emotionale Botschaft: Weg mit Hartz IV, dieser Ausgeburt der Hölle, her mit dem solidarischen Grundeinkommen!

**Nicht wenige Berliner fragen sich allerdings, ob Müllers visionäre Ambitionen nicht effektiver und segensreicher zum Einsatz kommen könnten, wenn er die unzähligen politischen Baustellen der rasant wachsenden Hauptstadt anpacken würde.** Das wäre umso löblicher, als Berlin sich in einer dynamischen, zugleich aber auch prekären Wachstumsphase befindet, die neue Probleme hervorruft und alte verstärkt.

Derweil hält der Zuzug von bislang rund 50.000 Flüchtlingen und anderen Migranten an, illegale Einwanderer nicht mitgezählt. Müller würde seine Äußerung vom Dezember 2016, Berlin könne gern "noch mehr Flüchtlinge aufnehmen" und insgesamt müsse "das reiche Deutschland" mehr von seinem Wohlstand abgeben, heute wohl nicht mehr umstandslos wiederholen. Damals lag das unglaubliche, ja skandalöse Chaos bei der Flüchtlingsaufnahme durch das berüchtigte Lageso, das Landesamt für Gesundheit und Soziales, erst kurz zurück, dem der Regierende Bürgermeister monatelang zugeschaut hatte, ohne energisch einzugreifen.

**Auch nach dem Attentat** des Islamisten Anis Amri auf den Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche **verhielt sich Müller nicht angemessen und schon gar nicht führungsstark.** Während bei der Gedenkfeier des Senats an die Opfer des Anschlags ein polizeibekannter radikaler Imam auftrat, gab es andererseits für die Opfer und ihre Angehörigen keine Anlaufstation beim Senat. Am Ende sprang der Bundespräsident ein.

Mancher Beobachter erinnerte sich damals an ein irritierendes Wahlkampfplakat der Berliner SPD von 2016, in dessen Zentrum eine Frau mit Kopftuch zu sehen war. Von einer Rolltreppe aus schaute ein mittelalter, schmallippiger Mann ihr ins unverschleierte Gesicht. "Müller, Berlin" stand darunter. Eine merkwürdige Ikonografie, die vermutlich "Toleranz" und "Weltoffenheit" repräsentieren sollte, "Zusammenhalt" und "Buntheit" der Stadt.

Für die Berliner Wirklichkeit steht allerdings eine eher alarmierende Zahl: 90 Prozent jener Migranten-Kinder, die bislang ohne Deutschkenntnisse eingeschult werden, folgen der neu eingeführten 18-monatigen Kitapflicht nicht. Sie bleiben bis zur Einschulung zu Hause, wie aktuelle Zahlen der Senatsverwaltung für Bildung zeigen. So wird die Chance auf Integration von vornherein zunichte gemacht.

Der in Sonntagsreden viel beschworene "Zusammenhalt" der Stadtgesellschaft wird auf vielerlei Weise bedroht, ohne dass sich bisher daran etwas geändert hätte: Ob durch die teils gewalttätige offene Drogenszene im Görlitzer Park, in der Hasenheide und am Kottbusser Tor, ob durch homophobe und antisemitische Attacken, rechtsradikale Schläger und, wie in der besetzten Rigaer Straße 94, linksradikale Brutalos; durch kriminelle arabisch-türkische

Großclans und tschetschenische Einbrecherbanden, vor allem aber durch den **eklatanten Personalmangel bei Polizei und Justiz**.

Wer aufmerksam durch die Stadt geht, sieht an allen Ecken Obdachlose, Flaschensammler, Bettler, als Unterschriftensammler getarnte Taschendiebe, Hütchenspieler aus ganz Europa - soziales Strandgut in der Metropole, die weniger schöne Seite der für Touristen so attraktiven multikulturellen Urbanität Berlins.

Immer wieder zeigt sich hier über Parteigrenzen hinweg die Berliner Eigenart einer ortstypisch phrasensatten Großspürigkeit, hinter der sich eine eher schwach ausgeprägte Handlungsbereitschaft versteckt. Gern beruft man sich auf fehlende Zuständigkeit, Kompetenzstreitigkeiten und Behördenabläufe, die selbst für Fachleute undurchschaubar sind. Manchmal bewirken der Notruf eines Bezirksbürgermeisters – so im Falle des Grünen Stephan von Dassel, der die Ausbreitung wilder Obdachlosencamps im Tiergarten beklagte – oder der Brandbrief eines verzweifelten Lehrerkollegiums in Neukölln einen kurzfristigen Aktivitätsschub, bevor es dann wieder im alten Trott weitergeht.

Mitverantwortlich für diese teils aggressive, teils achselzuckende Indolenz sind allerdings die Berliner selbst, die gegen sämtliche Zustände in der Welt demonstrieren, von Afghanistan bis Kurdistan, gegen Massentierhaltung und die Nato, aber die Verhältnisse in der eigenen Stadt fast schon zen-taoistisch als schicksalhaftes Naturereignis hinnehmen. Für das Megadesaster namens Flughafen BER gibt es schon keine Worte mehr. **Der Begriff der "politischen Verantwortung" ist ausgelöscht**, er existiert nicht mehr, und der sprichwörtliche Berliner Witz hat sich längst ins Nirwana des Post-Sarkasmus verabschiedet.

Diese Haltung, passt wiederum zu **Müllers** Temperament, der zwar, wie berichtet wird, durchaus jähzornig reagieren kann, vom gesamten Habitus her aber darauf achtet, keinen kommunikativen Kontrollverlust zu erleiden. So **wirkt er stets ein wenig herunter gedimmt, blass und ruhiggestellt. Er pflegt nicht zuletzt mangels Begabung eine gebremste, zuweilen einschläfernde Rhetorik**, in der die substanzielle, auch scharfe Auseinandersetzung keinen Platz hat.

**Wenn ein Oberstaatsanwalt öffentlich behauptet, der Rechtsstaat in Berlin sei „nicht mehr funktionsfähig“, wenn der Vizepräsident des Landgerichts, Christoph Mauntel, mitteilt, die Großen Strafkammern könnten wegen Überlastung gar keine neuen Verfahren außer dringenden Haftsachen mehr übernehmen – Kommentar eines Staatsanwalts: „Wir sind am Ende“ –, dann hört man wenig oder nichts vom Regierenden Bürgermeister.**

Bei der nächsten Gelegenheit schwärmt er dann aber wieder von seiner "tollen Stadt", in die ja deshalb auch Millionen Touristen pilgern.

„Dit is' wahr“, kommentiert der Volksmund. „Aber nach Pompeji komm' se ooch.“